

Mandantenbrief

Neues Finanzgerichtsurteil erkennt aufgrund der Verträge zur Integrierten Versorgung mit Anthroposophischer Medizin (sog. „IV-Verträge“) Umsatzsteuerfreiheit der Heileurythmie an

Stuttgart, im Juli 2009

Im Rahmen eines Musterverfahrens für einen Heileurythmisten hat das Finanzgericht Baden Württemberg - Senat Stuttgart - die Umsatzsteuerfreiheit der Heileurythmie **ab dem Zeitraum des Inkrafttretens der IV-Verträge, also ab dem Kalenderjahr 2006 anerkannt** und den streitgegenständlichen Umsatzsteuerbescheid des Finanzamtes aufgehoben. (Urteil vom 22.06.2009; Az: 12 K 179/06; 12 K 855/09; 12 K 2055/09). Damit hat – soweit ersichtlich - erstmalig ein Finanzgericht die Ausübung der Heileurythmie auf der Grundlage der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) als eine den Katalogberufen „ähnliche heilberufliche Tätigkeit“ i.S.d. § 4 Nr. 14 Umsatzsteuergesetz (UStG) anerkannt.

Für die früheren streitgegenständlichen Kalenderjahre (1999 - 2003/2005) vor Inkrafttreten der IV-Verträge hat das Finanzgericht Stuttgart hingegen die regelhafte Kostenübernahme der Heileurythmie durch die Krankenkassen weiterhin verneint und die Klage abgewiesen.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Das Finanzamt und der klagende Heileurythmist (betreffend die älteren Streitjahre) haben jeweils Revision zum Bundesfinanzhof eingelegt. Das Verfahren ist dort unter dem Aktenzeichen V R 30/09 anhängig.

Das letzte Wort werden also in jedem Falle erst der Bundesfinanzhof oder erneut das Bundesverfas-

sungsgericht oder der Europäische Gerichtshof haben.

Das Urteil gilt zunächst unmittelbar nur zwischen den beteiligten Parteien. Andere Heileurythmisten können aber in ihren Verfahren auf dieses Urteil verweisen und beantragen, den Ausgang des Musterverfahrens vor dem BFH abzuwarten bzw. auf der Grundlage dieses Urteil die Vollziehung der Umsatzsteuer auszusetzen.

Bereits im Jahr 1999 hatte sich das Bundesverfassungsgericht mit der Frage der Umsatzsteuerfreiheit der Heileurythmie befasst und geurteilt, dass die Umsatzsteuerpflicht jedenfalls nicht auf das Fehlen einer berufsgesetzlichen Regelung für die Heileurythmie gestützt werden kann (BVerfG 2 BvR 1264/90). Nach Maßgabe des BVerfG ist die Steuerbefreiung für die Heileurythmie vielmehr dann zu gewähren, wenn diese „in der Regel von den Sozialversicherungsträgern finanziert“ wird. Im zweiten Rechtsgang hatten die Finanzgerichte dies in einem früheren Fall – trotz hoher Erstattungsrate von über 90 % der Patienten - verneint, weil es sich bei den Kostenübernahmen seitens der Kassen (damals) um Ermessens-, Kulanz- oder Einzelentscheidungen gehandelt habe und eine regelhafte Kostenübernahme für die damaligen Zeiträume nicht nachgewiesen worden sei.

Im vorliegenden Fall hat das Finanzgericht nun - gestützt auf die seit 2006 von einer Reihe von Krankenkassen abgeschlossenen Verträge zur Integrierten Versorgung mit Anthroposophischer Medizin (kurz: „IV-Verträge“), die auch die Heileurythmie beinhalten - eine solche regelhafte Kostenübernahme anerkannt und auf der Grundlage der Vorgaben des BVerfG die Umsatzsteuerfreiheit ab dem Jahr des Inkrafttretens der IV-Verträge anerkannt.

Damit ist zumindest ein wichtiger Teilerfolg und Etappensieg auch im Hinblick auf die Zukunft erungen, erläutert Jan Matthias Hesse von der Sozietät Keller & Kollegen (Stuttgart) und Prozessbevollmächtigter dieses Verfahrens.

Über den Verlauf und das Ergebnis des Revisionsverfahrens vor dem BFH (Az: V R 30/09) werden wir berichten.

Jan Matthias Hesse

Rechtsanwalt

Fachanwalt für Medizinrecht

Rechtsanwälte Keller & Kollegen

Kernerplatz 2, 70182 Stuttgart

Fon 0711-22 02 16-90

Fax 0711-22 02 16-91

info@anwaltskanzlei-keller.de

www.anwaltskanzlei-keller.de